Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1200

18. 11. 77

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 23. November 1977
am Donnerstag, dem 24. November 1977

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (0 22 41) 6 10 71
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (0 22 21) 36 35 51

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung mitteilen, ob die Bundesanwaltschaft, das Bundeskriminalamt oder andere amtliche Institutionen im Zuge der Ermittlungen gegen die sogenannte RAF und verwandte Gruppen auch Untersuchungen gegen den u. a. von Klaus Croissant und Volker Schlöndorff geleiteten „Rechtshilfefonds“ der Baader-Meinhof-Bande vornehmen oder vorgenommen haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

2. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Konsequenzen aus der Ankündigung des Bundesverteidigungsministers vor dem Deutschen Bundestag am 27. Mai 1977 gezogen, wonach künftig nur 3/5 der Wehrpflichtigen aus den starken Geburtsjahrgängen benötigt werden, und demzufolge Wehrpflichtige mit der Signierziffer 3 künftig nicht mehr zum Wehrdienst eingezogen werden sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

3. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, eine Verordnung auf Grund des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm zu erlassen, durch die über die Erstattung von Aufwendungen für bauliche Lärmschutzmaßnahmen bei Wohngebäuden in den Lärmschutzzonen der Flughäfen hinaus eine neue Kategorie für diejenigen Gebiete eingeführt wird, die im Bereich sogenannter Tiefflugbänder für militärische Übungsflüge (wie z. B. das Gebiet der vorderen Bergstraße oder des Odenwalds) liegen, in denen zum Teil erheblich größere und folgenschwerere Lärmbelästigungen als im Einzugsbereich von Flughäfen festzustellen sind?

4. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, bei positiver Beurteilung des Vorschlags baldmöglichst eine entsprechende Novellierung einzuleiten, oder wie gedenkt sie bei negativer Beurteilung der Frage, die Bürger in diesen Gebieten besser gegen die beträchtlichen Lärmbelästigungen zu schützen?

5. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich die Fälle häufen, nach denen Helfer der verschiedensten Hilfsorganisationen, die sich gem. § 8 Abs. 2 des Katastrophenschutzgesetzes auf eine mindestens 10jährige Dienstzeit verpflichtet hatten, vorzeitig um Rücknahme ihrer Verpflichtung ersuchen, zudem sie eine Einberufung zur Bundeswehr nach der Entpflichtung wegen Erreichung der Altersgrenze (28 Jahre) oder wegen Verehelichung nicht mehr zu befürchten haben, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, um die Wehrgerechtigkeit weitgehendst aufrechtzuerhalten?

6. Abgeordneter **Schirmer** (SPD)

Welche Auswirkungen für die Förderung des Deutschen Sportbunds durch den Bund hat nach Auffassung der Bundesregierung die Ankündigung des DSB-Präsidenten Dr. h. c. Willi Weyer, ab 1978 auf die institutionelle Förderung durch den Bund verzichten zu wollen, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Darstellung des DSB-Präsidenten, durch die institutionelle Förderung könne sich der DSB zu einer nachgeordneten Behörde des Bundesinnenministeriums entwickeln?

7. Abgeordneter **Schirmer** (SPD)

In welchem Umfang und in welchen Fachbereichen haben sich die Bundesmittel für den Deutschen Sportbund seit 1969 erhöht?

8. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Welche weiteren Fälle außer dem des DKP-Funktionärs R. Röder im Bereich des Bundes sind der Bundesregierung bisher bekannt, in denen wegen Fehlens der „normalen Aufmerksamkeit" Verbeamtungen oder Beförderungen von Bediensteten vorgenommen wurden, obwohl eine Eignungsvoraussetzung eindeutig fehlt, und was hat die Bundesregierung getan, damit sie wenigstens im Nachhinein von solchen Fällen erfährt?

9. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Welche Vorkehrungen hat der Bundesverkehrsminister in seinem Geschäftsbereich und welche die Bundesregierung für ihren Bereich insgesamt getroffen, um für die Zukunft sicherzustellen, daß bei jeder Verbeamtung oder Beförderung eines Bediensteten wenigstens mit der „normalen Aufmerksamkeit" geprüft wird, ob alle beamtenrechtlichen Voraussetzungen für die beabsichtigte Maßnahme vorliegen?

10. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Auf welche Tatsachen stützt die Bundesregierung ihre Aussage, ihr lägen keine Erkenntnisse vor, denenzufolge Herr Dr. Issam El-Sartaoui an terroristischen Aktionen beteiligt gewesen sein soll, obwohl er nach dem Bericht des „Stern" (Jahrgang 1970, Nr. 12) nach seiner eigenen Aussage als Chef der „Aktionsorganisation zur Befreiung Palästinas" die Verantwortung für das Attentat auf dem Flughafen München-Riem vom 10. Februar 1970 trägt?

11. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung vor der Erteilung des Einreisevisums für Dr. Issam El-Sartaoui die sich aus diesem Bericht ergebenden Vorwürfe geprüft, und hält sie es für tragbar, daß ein Mann, der u. a. „Westdeutschland als feindliches Gebiet" bezeichnet und „Bomben als Visitenkarte" zur Eröffnung eines Dialogs für geeignet hält, in der Bundesrepublik Deutschland u. a. vom Staatsminister im Bundeskanzleramt zu einem Gespräch empfangen wurde?

12. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wird die Grenzkommission zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" nach Beendigung ihrer Aufgaben im Zusammenhang mit der Markierung der Demarkationslinie aufgelöst, und werden danach die jeweiligen Länder in Ausübung ihrer Zuständigkeit z. B. im Rahmen technischer Kommissionen die auftretenden weiteren Probleme mit den Behörden der „DDR" erörtern?

13. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Welche Form wird das Dokument haben, in welchem der Verlauf der Demarkationslinie zur „DDR“ nach Beendigung der Arbeiten der gemeinsamen Grenzkommission festgelegt wird?

14. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung im Zusammenhang mit den Erörterungen in der Grenzkommission die jüngsten Äußerungen seitens der DDR zum Verlauf der Zonengrenze im Bereich der Elbe zwischen Lauenburg und Schnackenburg?

15. Abgeordneter **Dr. von Wartenberg** (CDU/CSU)

Welche Rechtsauffassung vertritt demgegenüber die Bundesregierung bezüglich des Grenzverlaufs, und wird sie insbesondere in Übereinstimmung mit der Rechtsauffassung, wie vom Bundesgerichtshof bestätigt worden ist, die Markierung des Grenzverlaufs am Nordostufer der Elbe verlangen?

16. Abgeordneter **Dr. von Wartenberg** (CDU/CSU)

Welche Erwägungen haben den Sprecher der Bundesregierung dazu veranlaßt, gerade angesichts der jüngsten Erklärungen von DDR-Seite, die Hoffnung zu äußern, daß es im Rahmen der Erörterungen in der Grenzkommission zu einer Einigung mit der DDR über den Verlauf der Demarkationslinie an der Elbe kommen könnte?

17. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung im Rahmen der Erörterungen in der Grenzkommission die DDR darauf hingewiesen, daß sie in Nummer 4 des Protokollvermerks zu Artikel 23 des Verkehrsvertrags die Zugehörigkeit der gesamten Breite der Elbe zum Gebiet der Bundesrepublik Deutschland selbst bestätigt hat?

18. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Hat der Sprecher des Bundesinnenministeriums mit seiner diesbezüglichen Erklärung die Bedeutung der in einem rechtsstaatlichen Verfahren ergangenen Entscheidung des Bundesgerichtshofs über den Verlauf der Demarkationslinie mit der nicht einmal den Schein eines gerichtlichen Verfahrens wahrenden Äußerung des obersten DDR-Gerichts zum Grenzverlauf gleichgesetzt, und hat der Sprecher mit seiner Erklärung die Auffassung der Bundesregierung wiedergegeben?

19. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den derzeitigen Stand der innerdeutschen Sportbeziehungen angesichts der Tatsache, daß die östliche Seite für 1974 nur 40, für 1975 nur 62, für 1976 ebenfalls nur 62 und für 1977 nur 66 Sportbegegnungen zwischen Vereinen des DTSB der DDR und des DSB zugelassen hat, obwohl der DSB für 1975 222, für 1976 129 und für 1977 über 300 Begegnungen vorgeschlagen hat?

20. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die aus Kreisen des Deutschen Fußballbunds geäußerte Kritik, wonach die von der östlichen Seite erzwungene Praxis der Vereinbarung eines Sportkalenders dem Grundsatz der Freizügigkeit im Sportverkehr widerspricht, weil sie die Zahl der Begegnungen willkürlich begrenzt und unmittelbare Vereinbarungen zwischen den Vereinen des DTSB und des DSB unmöglich macht?

21. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß nahezu 20 000 Pakistani in einem türkischen Lager auf eine Einreise über Ost-Berlin nach West-Berlin warten, um hier als asylsuchende Ausländer mindestens drei bis fünf Jahre Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen?

22. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um einen weiteren Zustrom der über Ost-Berlin nach West-Berlin kommenden asylsuchenden Ausländer – die allein seit Anfang 1977 die Zahl von 7000 erreicht haben – zu verhindern oder aber um das Anerkennungsverfahren so zu ändern bzw. zu verkürzen, daß kein besonderer Anreiz mehr besteht, in aussichtslosen Fällen um Asyl nachzusuchen?

23. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, daß an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland eine Politik der sogenannten gewerkschaftlichen Orientierung nicht nur von dem DKP-nahen Marxistischen Studentenbund (MSB) Spartakus, sondern auch vom Sozialistischen Hochschulbund (SHB) vertreten wird?

24. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, an wieviel Hochschulen der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) von Wahllisten getragen wird, die sich selbst „gewerkschaftlich orientiert" nennen, und ob es sich hierbei in der Regel um Einheitslisten aus Mitgliedern oder Sympathisanten des MSB Spartakus und des SHB handelt?

25. Abgeordneter **Büchner (Speyer)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die zunehmenden Ausschreitungen bei Großveranstaltungen (z. B. im Bereich des Sports), und welche Gründe sowie Möglichkeiten der Bekämpfung dieser Erscheinungen sieht die Bundesregierung?

26. Abgeordneter **Büchner (Speyer)** (SPD)

Welche Erkenntnisse hat nach dem Wissensstand der Bundesregierung der im September 1977 in Brüssel durchgeführte Kongreß „Gewalt im Sport" gebracht, und sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, die dort gewonnenen Erfahrungen zusammen mit den staatlichen Organen in Bund und Ländern sowie in den Sportorganisationen zu verwerten?

27. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Anzahl der Asylsuchenden in der Bundesrepublik Deutschland erheblich gestiegen ist und daß auf Grund dessen die Kapazität des Aufnahmelagers Zirndorf bei weitem nicht mehr ausreicht und das Lager in diesem Jahr schon zweimal geschlossen werden mußte, und kann die Bundesregierung Angaben machen über die genaue Anzahl der Asylsuchenden und die Kapazität des Aufnahmelagers Zirndorf?

28. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (SPD)

Wo und bis wann wird die Bundesregierung, um der starken Zunahme der ausländischen Asylsuchenden in der Bundesrepublik Deutschland zu begegnen, ein zweites Aufnahmelager einrichten?

29. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Warum bezeichnet die Bundesregierung die Auseinandersetzung um einen neuen Ausweis für Aussiedler, der nicht mehr wie bisher als Vertriebenen- und Flüchtlingsausweis für jedermann ersichtlich die rechtliche Stellung gemäß dem Bundesvertriebenen- und -flüchtlingsgesetz nachweisen wird, als „unfruchtbare Auseinandersetzung", „fruchtlosen Streit", zumal 500 000 Aussiedler bis zur Stunde den Vertriebenen- und Flüchtlingsausweis erhalten haben?

30. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Wie schätzt die Bundesregierung die Entwicklung der deutsch/deutschen Sportbeziehungen unter Berücksichtigung der Erfahrung der Jahre 1975, 1976 und 1977 und der Einbeziehung der Stellungnahme des DSB-Bundestags und des DFB-Präsidenten Weyer ein, wobei besonders die außerordentlich rückläufige Tendenz der Begegnungen mit West-Berliner Mannschaften zu beachten ist?

31. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die DDR mit der Behinderung des deutsch/deutschen Sportverkehrs die KSZE-Schlußakte verletzt, und welches wären die Kriterien, die die Bundesregierung veranlassen könnten, auf politischer Ebene tätig zu werden, um einigermaßen sicherzustellen, daß die ursprünglichen Vorstellungen des deutsch/deutschen Sportverkehrs wieder in die Praxis umgesetzt werden können?

32. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Beschluß des Präsidiums des obersten Gerichts der DDR „zur Gewährleistung der Einheitlichkeit der mit dem territorialen Geltungsbereich der Gesetze verbundenen Anwendung zivil- und strafrechtlicher Bestimmungen", in dem behauptet wird, die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Elbebereich verlaufe „in der Mitte des Talwegs des Flusses"?

33. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Welche Rechtsauffassung in bezug auf den Verlauf der Zonengrenze im Elbebereich vertritt demgegenüber die Bundesregierung, und auf welche einschlägigen Entscheidungen oberster Bundesgerichte stützt sie sich dabei?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

34. Abgeordneter **Haase (Kassel)** (CDU/CSU)

Wann legt die Bundesregierung den Subventionsbericht vor, und wie erklärt sie die Tatsache, daß der Subventionsbericht in diesem Jahr nicht zusammen mit dem Haushaltsplan dem Bundestag und dem Bundesrat zugeleitet wurde, wie es § 12 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft zwingend vorschreibt?

35. Abgeordneter **Rapp (Göppingen)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Anordnung des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen, nach der dem Beamtenheimstättenwerk aufgegeben wird, seinen Bausparern 5 v. H. Sollzinsen statt wie bisher 4,5 v. H. für gewährte Bauspardarlehen zu berechnen?

36. Abgeordneter **Lemmrich** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach die bereits mit allen Verbänden und Ressorts abgestimmte Novelle zum Kfz-Steuergesetz nicht nur auf Grund EG-rechtlicher Überprüfungen, sondern vor allem wegen der befürchteten Kontroverse mit der DDR wegen der Einbeziehung von DDR-Lastkraftwagen dem Bundestag noch nicht vorgelegt wurde?

37. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, wonach in der Bundesfinanzverwaltung ein Handbuch zur Prüfung von Außensteuerbeziehungen existiert, dessen Inhalt vor der Öffentlichkeit und auch vor dem Parlament geheimgehalten wird?

38. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Will die Bundesregierung gegebenenfalls mit der Geheimhaltung des Handbuchs gewährleisten, daß die zu prüfenden Unternehmen nicht erfahren, nach welchen Kriterien ihre Außensteuerbeziehungen von der Finanzverwaltung geprüft werden, und hält die Bundesregierung gegebenenfalls ein solches Vorgehen für vereinbar mit den Grundsätzen bürgernaher, demokratischer Verwaltung?

39. Abgeordneter **Dr. von Wartenberg** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit 1974 ergriffen, um das Bundesamt für Finanzen, welches durch seine Informationszentrale für Auslandsbeziehungen (IZA) zur Aufdeckung von Steuerflucht und Steuermißbrauch beitragen soll, in die Lage zu versetzen, einen größeren Beitrag zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität zu leisten, und inwieweit sind die am 28. März 1974 gemachten Ankündigungen in die Tat umgesetzt worden?

40. Abgeordneter **Dr. von Wartenberg** (CDU/CSU)

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit ähnlichen Institutionen innerhalb der Staaten der Europäischen Gemeinschaft?

41. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die zur Zeit geltende Regelung, die Freigrenzen für Reisemitbringsel in EG- und Drittländern betreffend, noch für zeitgemäß, oder sollten die o. a. Freigrenzen nicht erhöht werden, da Preisanstiege und Kursänderungen die nunmehr fünf Jahre alte Regelung überholt haben?

42. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des Finanzministers des Landes Nordrhein-Westfalen, Planungskosten vermehrt in den Haushalt einzustellen und eine Projektgruppe Vorratsplanung zu gründen, damit bei Konjunkturprogrammen ein rascherer Abfluß der öffentlichen Mittel realisiert werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

43. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung im Interesse einer stärkeren Aktivierung der Inlandswerbung im Fremdenverkehr bereit, sich an einer zentralen Inlandswerbung angemessen zu beteiligen?

44. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der jahrzehntelangen Untersuchungen und neueren Tests des Silikose-Forschungsinstituts in Bochum, wonach entsprechend einer Aussage des Leiters des Instituts, Professor Wolfgang Ulmer, ein Zusammenhang zwischen Schwefeldioxidbelastung der Luft und einer Gesundheitsgefährdung oder gar Sterblichkeit nicht besteht?

45. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellten Studie Schwefeldioxid – Immissionen in Stadt- und Landkreisen?

46. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen, dic klarstellt, daß auch die Hersteller von Typen- und Fertighäusern einer Erlaubnis als Bauträger (§ 34 c der Gewerbeordnung) bedürfen, wenn sie Bauvorhaben vorbereiten oder durchführung und dabei Vermögenswerte der Auftraggeber verwenden?

47. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Hält die Bundesregierung die genehmigten Standorte für Kohlekraftwerke in Ibbenbüren und Bergkamen im Rahmen der zukünftigen Energieversorgung für notwendig, und wie unterstützt sie diese Planungen?

48. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Baubeginn für die Kohlekraftwerke noch im Jahr 1977 oder Anfang 1978 zu realisieren?

49. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Wie weit sind die Vorarbeiten beim Bundeswirtschaftsministerium gediehen, die Versorgungsbedingungen für Strom und Gas an die Regelungen des AGB anzupassen, bzw. welche inhaltlichen Schwerpunkte lassen sich dabei erkennen?

50. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in einer sogenannten Ausschließlichkeitszone längs der Grenze zur DDR die Brennstoffhändler dazu verpflichtet werden, auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Rheinischen Braunkohlenbrikett-Verkauf-GmbH und der staatlichen Braunkohlen-Handelsgesellschaft der DDR nur noch Braunkohle aus der DDR anzubieten?

51. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß derartige Bezugsverpflichtungen für den Braunkohleneinzelhandel, ausgesprochen durch die Rheinische Braunkohlenbrikett-Verkauf-GmbH, den Vorwurf des monopolistischen Marktmißbrauchs durch diese Firma rechtfertigt?

52. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß die Bundesregierung an die Progress AG Basel einen Untersuchungsbericht über die Analyse des Informations- und Forschungsbedarfs für die fremdenpolitische Konzeption der Bundesregierung in Auftrag gegeben hat, und wenn ja, welche Kosten sind dadurch entstanden?

53. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Welches sind gegebenenfalls die Gründe dafür, die die Bundesregierung gezwungen haben, Tatsachen, von denen man annehmen sollte, daß sie der Bundesregierung bekannt sind, erst durch eine solche Untersuchung in Erfahrung zu bringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

54. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Trug die DDR gemäß der in der Grenzkommission verabredeten Schadensbekämpfungsregelung die Entschädigungskosten für die durch chemische Entlaubungsmittel vernichteten Rübenpflanzen der Bauern aus Heldra im Jahr 1974?

55. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wer trug die Entschädigungskosten für den Nutzungsausfall durch DDR-Minenanschwemmung 1975 und die anschließend erforderliche Sperrung der landwirtschaftlichen Nutzungsfläche der Bauern aus Kapern und Gartow in Niedersachsen?

56. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Treffen Pressemitteilungen zu, wonach das Bundesernährungsministerium die Buchführungsgewinne von 6 223 Testbetrieben den Durchschnittsatzgewinnen gegenübergestellt hat, die sich bei Anwendung des § 13a EStG ergeben, und welche steuerpolitischen Konsequenzen sind hieraus für die Bundesregierung denkbar?

57. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Hat der Bundesernährungsminister Anhaltspunkte dafür, daß die im Fünften Subventionsbericht für 1976 mit 750 Millionen DM ausgewiesene, auf der Subventionswirkung des § 13a EStG beruhende Steuermindereinnahme zu niedrig angesetzt ist, und wird die Bundesregierung in dem nächsten Subventionsbericht gegebenenfalls eine entsprechend nach oben korrigierte Schätzung dieser Mindereinnahmen vornehmen?

58. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Vorratshaltung an Lebensmitteln im bisherigen Umfang für erforderlich, oder sind im Rahmen der Brüsseler Beschlüsse Veränderungen geplant?

59. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß die Bedarfsbeurteilung der Lebensmittelbevorratung für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland unter besonderen Aspekten der Sicherheit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu sehen ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

60. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Kann die Bundesregierung bereits Ergebnisse über die Auswirkungen des Gesetzes zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen vorlegen?

61. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung auf Grund der Warnungen des Verbands der Rentenversicherungsträger unternommen, zu denen ihn seine kurz- und mittelfristigen Berechnungen über die finanzielle Lage der Rentenversicherungsträger veranlaßten, und welche eigenen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die besorgniserregende Entwicklung der Rentenfinanzen vor?

62. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, ihre am 2. März 1977 in der Antwort auf die mündlichen Anfragen Nummern 26 und 27 gegebenen Auskünfte bezüglich der Ärzteeinkommen auf Grund der inzwischen bekannt gewordenen höheren Praxisunkostensätze (statt 35,3 v. H. jetzt 42,7 v. H.) zu revidieren?

63. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auch die damals gemachte Aussage dahin gehend zu revidieren, daß die jahresdurchschnittliche Zunahme des Reinertrags vor Steuern je Praxisinhaber geringer anstieg als die Einkommen der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer?

64. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Hat Artikel 5 des Beschlusses des Assoziationsrats über die Durchführung des Artikels 12 des Abkommens von Ankara Auswirkungen auf das Arbeitserlaubnisverfahren bei anderen Ausländern, die nicht der EG angehören (wie z. B. Portugiesen und Jugoslawen)?

65. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wieviel freiwillige und angeordnete Überstunden haben in den Jahren 1974, 1975, 1976 und 1977 (1. Halbjahr) die Bediensteten aller Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit geleistet?

66. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Wie viele Kriegsdienstverweigerer leisteten am 1. Juli 1977, 1. August 1977, 1. September 1977, 1. Oktober 1977 bzw. 1. November 1977 Zivildienst?

67. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach Zivildienstleistende aus dem Zivildienstzentrum Finkenhof in Castrop-Rauxel zu Beschäftigungsstellen versetzt worden sind, deren Zivildienstplätze nur noch statistisch zur Verfügung standen, nicht aber tatsächlich, und wenn ja, wieviel Zivildienstplätze stehen überhaupt zwar statistisch, nicht aber tatsächlich zur Verfügung?

68. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung im Hinblick auf die Ersatzpflicht der Krankenkassen die Qualität der Leistung und die Preisgünstigkeit von Taxis und Mietwagen bei der Beförderung und Versorgung solcher Kranken, die nicht liegend oder mit ärztlicher Betreuung befördert werden müssen, und sieht die Bundesregierung in dieser Beförderung leicht Kranker durch das private Taxi- und Mietwagengewerbe einen wirksamen Beitrag zur Eindämmung der Kosten im Gesundheitswesen?

69. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Anerkennt die Bundesregierung, daß insbesondere in weniger dicht besiedelten Regionen zur Durchführung von Krankenfahrten mit Taxis und Mietwagen oftmals gar keine Alternative gegeben ist, und wird sie sich gegebenenfalls in ihrem Verantwortungsbereich Bestrebungen widersetzen, die darauf abzielen, die Beförderung von leicht Kranken in Taxis und Mietwagen einzuschränken?

70. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um die staatliche Kündigungsschutzpolitik zu ändern, soweit sie die Ausleihe von Arbeitskräften begünstigt und soweit sie Überstunden statt Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte zur Folge hat, und wie rechtfertigt – verneinendenfalls – die Bundesregierung ihre Untätigkeit?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

71. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um die 1975 in der sogenannten Psychiatrie-Enquete festgestellte Unterversorgung von psychisch Kranken und Behinderten zu beseitigen, und treffen Berichte zu, daß ein Gesetz zur Regelung der Zulassung anderer als ärztlich arbeitender Therapeuten deshalb nicht verabschiedet werden kann, weil im psychiatrisch-psychotherapeutischen Bereich tätige Nicht-Ärzte kein Zeugnisverweigerungsrecht hätten?

72. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Hält die Bundesregierung die vom Fleischerhandwerk vereinbarten freiwilligen Regelungen zur Kennzeichnung des Fettgehalts in der Wurst insbesondere unter dem Gesichtspunkt des gesundheitlichen Verbraucherschutzes für ausreichend, und wenn nein, welche Maßnahmen beabsichtigt sie auf dem Hintergrund ihrer Erkenntnisse zu treffen?

73. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung zu sichern, daß die nahezu 50 DIN-A 4 Druckseiten umfassenden EWG-Verordnungen des neuen Weinrechts mit den vielfältigen Verweisungen, einer Fülle zusätzlicher Rechtsbegriffe – wie Begleitdokumente, den übrigen von den Gemeinschaftsbestimmungen vorgeschriebenen Dokumenten – vom Winzer erfaßt und ohne Rechtsverstöße angewendet werden können?

74. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Texte des neuen Weinbezeichnungsrechts VO (EWG) Nr. 2133/74 bzw. VO (EWG) Nr. 1608/76, die am 1. September d. J. in Kraft getreten sind, für den Erzeuger von Wein – also für den Winzer – schon jetzt umfangreich und unübersichtlich sind und daß weitere zusätzliche ergänzende und interpretierende Rechtsverordnungen erforderlich werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

75. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Ist es der Bundesregierung bekannt, daß Zigarettenfirmen in Gaststätten kostenlos Zigaretten u. a. auch an Jugendliche verteilen, ohne nach deren Alter zu fragen, und Jugendliche auf diese Weise zum Rauchen verführt werden, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

76. Abgeordnete **Frau Pack** (CDU/CSU)

Was hält die Bundesregierung grundsätzlich vom Auftreten von Kindern in der Produktionswerbung, und welche Konsequenzen hält sie auf Grund ihrer Auffassung für erforderlich?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

77. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, dazu beizutragen, den Beginn der Sommerferien in den Bundesländern mit den benachbarten Staaten so abzustimmen, daß der Urlaubsverkehr nicht am gleichen Wochenende beginnt und auf unseren Durchgangsstraßen ein Verkehrschaos mit zahlreichen Unfällen hervorruft?

78. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)	Beabsichtigt die Bundesregierung, das Anliegen der Lärmsanierung an bestehenden Bundesfernstraßen mit weiteren Sonderprogrammen ähnlich dem Bund-Länder-Programm für Zukunftsinvestitionen aufzugreifen, oder wird sie die Schaffung besonderer Rechtsgrundlagen etwa im Rahmen eines Verkehrslärmschutzgesetzes anstreben?
79. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß in den Räumen der Autobahnraststätte Helmstedt „Express-Imbiß" eine Europakarte, die die Städtenamen in den Gebieten des Deutschen Reichs von 1937 sowohl in deutscher als auch in polnischer Schreibart wiedergab, auf Grund des Protests einer polnischen Besuchergruppe bei der bundeseigenen Gesellschaft für Nebenbetriebe (GfN) und nach deren Intervention beim Pächter entfernt worden ist?
80. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)	Wie beurteilt gegebenenfalls die Bundesregierung das Vorgehen der GfN, und stimmt sie dieser Verhaltensweise zu?
81. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)	Welche Maßnahmen hat der Bundesverkehrsminister gegen diejenigen Bediensteten der Deutschen Bundesbahn veranlaßt, die es derart an der „normalen Aufmerksamkeit" haben fehlen lassen, daß es zur Berufung des DKP-Funktionärs R. Röder in das Beamtenverhältnis auf Probe und zu seiner zweimaligen Beförderung kam?
82. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)	Auf welche Weise ist festgestellt worden, daß es die in Frage 81 bezeichneten beamtenrechtlichen Schritte nur auf ein Fehlen der „normalen Aufmerksamkeit", nicht aber auf bewußtes Handeln in Kenntnis aller Umstände zurückzuführen sind?
83. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, dem zweibahnigen Ausbau von neuen Autobahnen mit Erschließungsfunktion in den marktfernen Lagen Vorrang einzuräumen vor der Verwendung von Haushaltsmitteln zur nachträglichen Durchführung von Lärmbekämpfungsmaßnahmen bei schon bestehenden Autobahnen?
84. Abgeordneter **Dr. Linde** (SPD)	Aus welchen Gründen und auf welchen Strecken beabsichtigt der Bundesverkehrsminister in der Hauptreisezeit 1978 ein Wochenendfahrverbot für Pkw mit Anhänger einzuführen, und wird dabei sichergestellt, daß damit nicht gerade Urlauber getroffen werden, die auf die Benutzung der Bundesautobahnen zur Erreichung ihrer Ferienziele in besonderer Weise angewiesen sind?
85. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung es bei der heutigen Arbeitsmarktlage der Fahrlehrer noch für zulässig, daß sich Fahrlehrer der Bundeswehr nebenher als Fahrlehrer im zivilen Bereich betätigen, und wenn ja, wie begründet sie das?
86. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung es für angebracht, zum Fahrlehrergesetz eine Gebührenordnung zu erlassen und somit den § 19 dieses Gesetzes zu ändern?

87. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung die Ausbaustandards für Bundesfernstraßen auch auf innerörtliche Strecken ausdehnt, und ist die Bundesregierung sich darüber im klaren, daß dies nicht nur erheblich höhere finanzielle Aufwendungen sondern auch Verluste an baulicher und sozialer Stadtsubstanz nach sich ziehen muß?

88. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Trifft es zu, daß kommunale Investitionsvorhaben im Tiefbau zurückgestellt werden müssen, weil die überhöhten Ausbaustandards die Planung und Realisierung vorgesehener Straßenbaumaßnahmen in den Gemeinden verzögern, zum Teil unmöglich machen?

89. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung an ihren Plänen für neue Kraftfahrzeugkennzeichen fest, nachdem Untersuchungen ergeben haben, daß die als fälschungssicher angesehenen Kennzeichen offenbar den Erwartungen nicht entsprechen?

90. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten der Bundespostbetriebskrankenkasse Hamburg, die im Gegensatz zur AOK und anderen Krankenkassen die Anerkennung als Härtefall von Pflegeheimbewohnern bei der Befreiung von Kostenanteilen bei der Abnahme von Arznei-, Verband- und Heilmitteln enger handhabt?

91. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Bundespostbetriebskrankenkasse zu veranlassen, sich der großzügigeren Entscheidungspraxis der übrigen Krankenkassen anzupassen, um damit die Gleichbehandlung aller auf Pflegeheime angewiesenen Versicherten sicherzustellen?

92. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Wie weit ist die Bundesregierung mit der Anpassung der Postbenutzungsbedingungen und der Bahnbenutzungsbedingungen an die Regelungen des AGB, und lassen sich inhaltliche Schwerpunkte erkennen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

93. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Welche Mietanhebungen lassen sich nach den Feststellungen der Bundesregierung gegenwärtig durchschnittlich auf den einzelnen Teilmärkten des freifinanzierten Mietwohnungsbaus im Zuge von Neu- und Wiedervermietungen bezogen auf die örtliche Vergleichsmiete bzw. auf die bisherige Miete erreichen, und wie wirkt sich nach den Feststellungen der Bundesregierung § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes auf die Mietenentwicklung bei der Neu- und Wiedervermietung freifinanzierter Mietwohnungen aus?

94. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Wie hoch ist die jährliche Fluktuation im freifinanzierten Mietwohnungsbau, die als Grundlage zur Fortschreibung der örtlichen Mietspiegel dienen kann?

95. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

In welchem Umfang sind in den letzten Jahren von den den Ländern zugeteilten Bundesmitteln für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus tatsächlich Mittel zur Förderung des Erwerbs vorhandener familiengerechter Wohnungen zur Eigennutzung durch kinderreiche Familien (vgl. Nummer 3.1 Buchstabe b des Rundschreibens des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vom 28. April 1977 – W II – 240103 – 4/77) zum Einsatz gekommen?

96. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Schätzungen bekannt, wonach in der Bundesrepublik Deutschland für rund 100 Millionen Menschen ausgewiesenes und zum Teil erschlossenes Baugelände vorhanden sein soll, bzw. über welche diesbezüglichen Kenntnisse verfügt die Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

97. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, das Inkrafttreten des vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen erarbeiteten Organisationsplans, der zum 1. Januar 1978 eine erhebliche Minderung der Präsenz von Bundesbehörden in Berlin vorsieht, zu verhindern?

98. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung davon überzeugt, daß die Verlagerung von mehreren Referaten nach Bonn mit dem Bemühen in Einklang zu bringen ist, die Lebensfähigkeit Berlins durch ein verstärktes Engagement zu sichern und zu verbessern?

99. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Nachrichten – in wieviel Fällen –, daß Besucher der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin nicht nur „durch Kontrollorgane der DDR festgestellt" werden, sondern hinterher auch persönliche Benachteiligungen und Verfolgungen erleiden müssen, die auch das Versagen der Besuchserlaubnis von Angehörigen aus der Bundesrepublik Deutschland in der DDR zum Inhalt haben?

100. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Treffen Zeitungsberichte zu, wonach das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen die Bundespräsenz durch eine Reduzierung von Referaten in Berlin vermindern will, und wenn ja, welche Abteilungen des Bundesministeriums in Bonn sollen welche neuen Zuständigkeiten erhalten?

101. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Wie bringt die Bundesregierung bejahendenfalls diese Reduzierung in Einklang mit ihren öffentlichen Erklärungen, die Berlinpräsenz des Bundes verstärken zu wollen?

102. Abgeordneter **Lagershausen** (CDU/CSU)

Weshalb hat Bundesminister Franke in seinem Interview mit dem Saarländischen Rundfunk die mangelnde Bereitschaft der DDR-Regierung, die abgeschlossenen Verträge und Vereinbarungen mit der Bundesrepublik Deutschland voll zu erfüllen, unerwähnt gelassen, während er von Erwartungen seitens der DDR nach Vertragstreue der Bundesrepublik Deutschland sprach?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

103.	Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)	Sind die Anträge für den Kraftwerkbau trotz der Investitionshilfen des Bundes so zurückgegangen, daß die BBC Mannheim 400 Arbeitnehmer mit der Begründung fehlender Aufträge entlassen mußte und auch für Mitte 1978 mit einer Verschärfung der Beschäftigungslage rechnen muß, und wenn ja, was wird die Bundesregierung tun, um den Kraftwerkbau voranzutreiben?
104.	Abgeordneter **Dr. Hubrig (CDU/CSU)**	Wieviel Projekte hat die Deutsche Wagnis- und Finanzierungsgesellschaft (WFG) seit ihrer Gründung unterstützt, und wie hoch sind die Geschäftsverluste dieses Unternehmens?
105.	Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)	Was sind die Gründe für die im Haushalt des Bundesforschungsministers veranschlagten Verlustbeteiligungen des Bundes in Höhe von 1,8 Millionen DM für 1978 und von 930 000 DM im Jahr 1977?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

106.	Abgeordneter **Dr. Dübber** (SPD)	Wieviel Ausbildungsplätze für Jugendliche sind in diesem Jahr unbesetzt geblieben, und um welche Berufe handelt es sich dabei?
107.	Abgeordneter **Thüsing** (SPD)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das im Juli zwischen dem französischen Staatspräsidenten und Bundeskanzler Schmidt vereinbarte Projekt eines deutsch-französischen Berufsbildungswerks im saarländisch-lothringischen Grenzgebiet zu verwirklichen, und welche Schritte hat die Bundesregierung bisher in dieser Richtung unternommen?
108.	Abgeordneter **Thüsing** (SPD)	Wann ist mit der Errichtung eines Ausbilderförderungszentrums zu rechnen, das der Bundesbildungsminister bereits im Sommer 1974 angekündigt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

109.	Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß in Kamerun die Ausgabe des Wochenmagazins „Der Spiegel" wegen einer Anzeige aus der durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verantwortenden Serie „ . . . Goldene Betten" beschlagnahmt wurde, weil sich dieses Land durch Art und Aufmachung der Anzeige beleidigt fühlt?
110.	Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß – wie in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 11. November 1977, Seite 13, gemeldet – der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit einem Entwicklungsland eine Forderung von 65 Millionen DM zugesagt hat, ohne zuvor den Bedarf für das Projekt prüfen zu lassen, und

wenn ja, handelt es sich hierbei um ein Symptom dafür, daß im Verantwortungsbereich des Bundes in Ämtern und Behörden „flott und unbeschwert darauf losgewirtschaftet worden ist"?

111. Abgeordnete **Frau Fischer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung plant, im Rahmen der Entwicklungshilfe der Volksrepublik Mocambique im Haushaltsjahr 1978 eine Kapitalhilfe in Höhe von 10 Millionen DM zuzusagen?

112. Abgeordnete **Frau Fischer** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung bei ihren Überlegungen bedacht, daß es sich bei der Volksrepublik Mocambique um einen kommunistisch orientierten Staat handelt, dessen Wirtschaftssystem auf Grund marxistischer Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik zerrüttet ist, der antiwestliche Außenpolitik betreibt und in dessen Bevölkerung wachsender Widerstand – auch in bewaffneter Form – gegen Unterdrückung durch das herrschende System zu beobachten ist?

113. Abgeordneter **Petersen** (CDU/CSU)

Stimmen Pressemeldungen, wonach Vietnam 3 Millionen DM und Laos 2 Millionen DM für technische Hilfe bekommen sollen, und wenn ja, hat die Bundesregierung bedacht, daß die kommunistische Regierung in Laos nach dem Umsturz Terror im Innern und ständig Grenzübergriffe nach Thailand unternimmt und daß die Regierung in Vietnam die Pariser Verträge gebrochen hat und seine Nachbarn mit Strömen von Flüchtlingen und dem Versuch der Ausrottung der christlichen Stämme in den Bergen in Furcht und Schrecken versetzt?

114. Abgeordneter **Petersen** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung bedacht, daß sie selber nach der kürzlich erfolgten Antwort auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion ausgeführt hat, daß sie erst die Erfahrungen bei der Verwendung der Mittel für technische Hilfe im Jahre 1977 abwarten wolle, bevor entschieden werde, wie die Zusammenarbeit weiter zu gestalten sei, und ist sie der Meinung, daß Erfahrungen schon in ausreichendem Maße vorliegen?

115. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)

Treffen Presseberichte zu, wonach im Jahre 1978 die antiwestliche sozialistische Volksrepublik Jemen, die durch Überlassung des Inselstützpunkts Sokotra an die Sowjetunion zur Gefährdung von für Europa lebensnotwendigen Versorgungswegen beiträgt, aus dem Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit eine Zusage für 11 Millionen DM Kapitalhilfe erhalten soll?

116. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Volksrepublik Jemen, die bisher in der Bundesrepublik Deutschland als eine bedeutende Ausbildungs- und Zufluchtsstätte für deutsche Terroristen bekannt wurde, dem deutschen Staatsminister Wischnewski während der Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut" die Landeerlaubnis verweigerte sowie die gegen die Republik Somalia gerichtete Politik der Militärdiktatur in Äthiopien durch Militärhilfe unterstützt?

117. Abgeordneter **Höffkes** (CDU/CSU)

Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß es sich bei der Volksrepublik Mocambique um eine Aufmarschbasis für den bewaffneten Konflikt im Südlichen Afrika und einen strategischen Stützpunkt der sowjetischen Politik in Afrika handelt?

118. Abgeordneter **Höffkes** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung gegebenenfalls für sinnvoll und zweckmäßig, im Rahmen der von ihr sogenannten Friedenspolitik und der knappen und unzureichenden entwicklungspolitischen Finanzmittel und der dadurch notwendigen Konzentration des Mitteleinsatzes Millionenbeträge zur Sanierung ideologisch-marxistischer Mißwirtschaft in Gesellschafts-, Sozial- und Wirtschaftspolitik für die Volksrepublik Mocambique in Aussicht zu stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

119. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung inzwischen neue Erkenntnisse zu der Frage gewonnen, ob der dem Büro der Arabischen Liga in Bonn angehörende Herr Frangi auf einer Veranstaltung des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands in Berlin die Beseitigung des zionistischen Gebildes „Israel" gefordert hat, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

120. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung inzwischen insbesondere auf Grund der Ausführungen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin am 9. November neue Erkenntnisse gewonnen, die sie das Auftreten des PLO-Vertreters Frangi in Berlin anders beurteilen läßt als es in der Antwort von Staatsminister Dr. von Dohnanyi auf meine Frage am 10. November 1977 geschehen ist?

121. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung nunmehr zu unternehmen, um mögliche Wiederholungen solcher Vorfälle zu verhindern?

122. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß sich Mitglieder der Bundesregierung mit dem Chef der Aktionsorganisation zur Befreiung Palästinas (AOLP), Dr. Issam El-Sartaoui, getroffen haben, und wenn ja, um welche Mitglieder der Bundesregierung handelt es sich, und wie beurteilt die Bundesregierung das Treffen?

123. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Dr. El-Sartaoui als ein Sicherheitsrisiko für die Bundesrepublik Deutschland an?

124. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Zwischenfälle Anfang November in Berlin, bei denen sowjetische Offizierspatrouillen die Fahrt des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Colombo, behindert haben und die Angriffe, die der Botschafter der UdSSR in Ost-Berlin, Abrassimow, in einem Interview mit dem Tagesspiegel am 6. November gegen die rechtmäßige Handhabung des Viermächteabkommens von westlicher Seite gerichtet hat, Bestandteile einer Kampagne der UdSSR zur Aushöhlung des Viermächteabkommens und zu seiner einseitigen Interpretation im Interesse der UdSSR und der DDR sind, die ernsthaftes Entgegenwirken der Drei Mächte erfordern?

125. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das jüngste Interview des sowjetischen Botschafters in der DDR, Pjotr Abrassimow, im „Tagesspiegel", in dem er sich dagegen gewandt hat, Elemente des Regierens West-Berlins durch die Bundesrepublik Deutschland einzuschmuggeln und die Bundespräsenz in West-Berlin zu verstärken?

126. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß zwischen Helmut Schmidt und Erich Honecker in Helsinki die Abrede getroffen wurde, die Belastbarkeit des Viermächteabkommens nicht mehr auszuprobieren, und wenn ja, beeinträchtigt diese Abrede ein Recht der Bundesrepublik Deutschland, die Bundespräsenz in Berlin in Absprache mit den Alliierten zu verstärken?

127. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD)

Was hat die Bundesregierung seit der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 22. März 1973, in der sie aufgefordert wird, dafür Sorge zu tragen, daß der arbeitsrechtliche Status der Zivilangestellten bei den Stationierungsstreitkräften den Bestimmungen des deutschen Arbeitsrechts angepaßt wird, unternommen, um die Arbeitsbedingungen dieser Arbeitnehmergruppe zu verbessern?

128. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD)

Wie weit sind die seit über einem Jahr dauernden Verhandlungen zwischen dem Auswärtigen Amt und der Botschaft der USA über das Problem der Einstellung arbeitsloser US-Bürger (Touristen und Familienangehörige) bei den Stationierungsstreitkräften fortgeschritten, und wann ist mit deren Abschluß zu rechnen?

129. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung bei den Vorbereitungen zum angekündigten Besuch des sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew eine befriedigende Klärung des Schicksals von Rudolf Hess erzielt, und ist dementsprechend mit der baldigen Freilassung des Eingekerkerten zu rechnen?

130. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Wird andernfalls die Freilassung des seit über sechsunddreißig Jahren inhaftierten Rudolf Hess Gegenstand von Gesprächen zwischen der Bundesregierung und Breschnew bei dessen Besuch in Bonn sein?

131. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß ein Vertreter der Sozialistischen Bildungsgemeinschaft Bochum, eine Zuwendungsempfängerin des Bundes, an dem kommunistischen Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau 1973 teilgenommen hat, und kann die Bundesregierung ausschließen, daß Bundesmittel für diese Reise und für die weitere Ostreisetätigkeit des betreffenden Vereins verwendet wurden?

132. Abgeordneter **Lagershausen** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorfälle Anfang November in Berlin, bei denen eine sowjetische Offizierspatrouille mit ihrem Kraftfahrzeug den Wagen des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Emilio Colombo, zu behindern versucht hat?

133. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Kann die auch durch den Vertragspartner des Warschauer Vertrags veranlaßte „Verratstätigkeit der Frau Helge Berger" (Staatsminister Dr. von Dohnanyi, Stenographischer Bericht Seite 4268) mit ihrem Einfluß auf den „Verlauf der Warschauer Verhandlungen" nach näherer Prüfung sich als „bestimmter Umstand" herausstellen, der im Sinne von Artikel 49 der Wiener Vertragsrechtskonvention „dahin geltend gemacht werden" könnte, „daß die vertragliche Bindung ungültig wird" (vgl. Fleischhauer, Die Wiener Vertragsrechtskonferenz, Jahrbuch für Internationales Recht, 15/229, Anm. 69: „as invalidating its consent to be bound by the treaty")?

134. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland und Europa auf nahe und auf weite Sicht mißt die Bundesregierung der Feststellung des Politbüromitglieds Suslow und des Politbürokandidaten Ponomarjew bei, die „Wiederholung der Hauptzüge der Oktoberrevolution in internationaler Größenordnung" sei unvermeidbar, „der revolutionäre Weltprozeß sei unwiderstehlich im Ansteigen" und das Leben sowie die revolutionäre Praxis würden die „unveräußerlichen Merkmale der sozialistischen Revolution . . . in jedem Land bestätigen" (Nachrichtenspiegel Ost des Bundespresseamts vom 11. November 1977)?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Trifft die unter der Überschrift Streit um Schleyer-Tonband geht weiter wiedergegebene Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 3. November 1977 zu, Staatssekretär Bölling habe behauptet, er habe „vor dem Samstag, an dem Strauß darüber sprach" den Inhalt des Tonbands von Hanns Martin Schleyer an Helmut Kohl überhaupt nicht gekannt, und wie bewertet die Bundesregierung bejahendenfalls diesen Vorgang angesichts der Tatsache, daß Staatssekretär Bölling bereits am Freitag, dem 28. Oktober 1977 – also einen Tag vor dem genannten Samstag –, dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag den zweiten Entwurf der Regierungsdokumentation übergeben hatte, in dem der fragliche Text enthalten war?

2. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Wann ist der Inhalt der Schleyer-Botschaft an Helmut Kohl dem Chef des Presse- und Informationsamts, Staatssekretär Bölling, erstmals zur Kenntnis gekommen?

3. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Trifft die unter der Überschrift Streit um Schleyer-Tonband geht weiter wiedergegebene Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 3. November 1977 zu, Staatssekretär Bölling habe auf eine in Bonn veröffentlichte Stellungnahme von CSU-Generalsekretär Tandler und mir erklärt, er habe „nicht einen einzigen Journalisten" über den Inhalt des Tonbands von Schleyer informiert, und wie bewertet die Bundesregierung bejahendenfalls dieses Dementi angesichts der Tatsache, daß in der genannten, durch Presseerklärung der CSU-Landesgruppe am 2. November 1977 veröffentlichten Stellungnahme lediglich gesagt wurde, Staatssekreätr Bölling habe „längst vor der Strauß-Rede einige Journalisten" darüber „unterrichtet", daß „die Bundesregierung die Veröffentlichung" des Tonbands von Hanns Martin Schleyer an Helmut Kohl „beschlossen" habe?

4. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Trifft die unter der Überschrift Bölling weist Vorwurf Zimmermanns zurück wiedergegebene Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 5. November 1977 zu, Staatssekretär Bölling habe behauptet, CSU-Generalsekretär Tandler und ich hätten den Vorwurf erhoben, der Regierungssprecher habe „über den Inhalt der Schleyer-Botschaft schon vor der Rede des CSU-Vorsitzenden zu Journalisten gesprochen", und wie bewertet die Bundesregierung bejahendenfalls diesen Vorgang angesichts der in Frage 2 genannten Presseerklärung von CSU-Generalsekretär Tandler und mir?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

5. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

In welcher Form hat sich die Bundesregierung darum bemüht, daß das in dem Kulturabkommen mit Rumänien vorgesehene Lektorat für rumänische Sprache an den Universitäten Frankfurt oder Mainz – als Pendant für das in Timiçoara bereits bestehende Lektorat für deutsche Sprache – eingerichtet wird, und welche Maßnahmen kann sie gegebenenfalls zusätzlich ergreifen, um die Einrichtung des Lektorats zu beschleunigen?

6. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß es vorteilhaft ist, wenn Dienststellen der Europäischen Gemeinschaft ihren Dienstsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben?

7. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Stadt Trier ein geeigneter Standort für solche europäischen Dienststellen ist, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, der Europäischen Gemeinschaft und ihren einzelnen Organisationen die Stadt Trier als Sitz europäischer Einrichtungen vorzuschlagen?

8. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, einen solchen Vorschlag mit allem Nachdruck sowohl bei der Europäischen Gemeinschaft als auch bei den einzelnen nationalen Regierungen der EG zu vertreten?

9. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die polnische Regierung eine Intensivierung des deutsch-polnischen Jugendaustauschs von Fortschritten bei der Umsetzung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen abhängig machen möchte, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

10. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Kenntnisse darüber vor, daß in der Türkei ein Sammellager mit 10 000 bis 20 000 Pakistani, die mit Hilfe pakistanischer Geschäftsleute und deutscher Rechtsanwälte in die Bundesrepublik Deutschland gebracht werden sollen und Asyl zu beantragen gedenken, besteht?

11. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (SPD)

Sieht sich die Bundesregierung gegebenenfalls in der Lage, eine Beurteilung darüber abzugeben, ob die politischen Verhältnisse in Pakistan so sind, daß sie ein Asylgesuch in der Bundesrepublik Deutschland rechtfertigen?

12. Abgeordneter **Ollesch** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung unter rechtlichen und politischen Gesichtspunkten die Äußerung des Bundeskanzlers vom 3. Oktober 1977 zur Rechtslage Berlins unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zu den Schutzmächten?

13. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen laut VWD zu, daß der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. von Dohnanyi, erklärt hat, daß die Bundesregierung einen konstruktiven Beitrag zur Diskussion über die europäische Strukturpolitik im Industriebereich leisten wird, so daß die Märkte gefährdeter europäischer Industriezweige zu einem positiven Strukturwandel befähigt bleiben, und wie sieht das Konzept der Bundesregierung für die entscheidenden Verhandlungen in den europäischen Gremien aus?

14. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die nachstehende Auffassung der US-Regierung über die völkerrechtskonformen Grenzen der Menschenrechte, vorgetragen am 3. November 1977 von Botschafter Arthur Goldberg beim Belgrader Folgetreffen: „Wenn eine Regierung kritische Stellungnahmen zu der Leistung einer anderen Regierung bei der Verwirklichung von Prinzip VII oder anderen Menschenrechtsbestimmungen der Schlußakte abgibt, ist das dann aus irgendeinem Grunde eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Regierung? Unsere Antwort lautet: ‚Nein! . . . Erstens, müssen derartige Beschränkungen (der Menschenrechte) in der nationalen Gesetzgebung verankert werden; zweitens muß die Anwendung solcher nationalen Gesetze im einzelnen Fall bestimmten internationalen Prüfungen unterzogen werden; und drittens ist die Entscheidung, ob sie diese Prüfungen besteht, nicht ein Urteil, das einzig dem Ermessen des Staates überlassen wird, um dessen Gesetze es sich handelt.' "?

15. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung ferner auch diese weiteren Feststellungen der US-Regierung, vorgetragen von Botschafter Goldberg in Belgrad: „Keinem Staat steht es frei, ganz allein zu entscheiden, ob die Beschränkungen, die er den Menschenrechten auferlegt, den festgelegten internationalen Maßstäben entsprechen. Denn das Ziel besteht gerade darin, die Menschenrechtsnormen eher in einem System gegenseitig akzeptierter Vorschriften und Prinzipien zu verankern, als einer Sammlung einseitiger Erklärungen hoher Vorsätze und guter Absichten. Wäre dies nicht der Fall, könnten die Konzeptionen, die ich erwähnt habe, alsbald von jeder Regierung eine Auslegung erfahren, die langfristig über die tragbaren Grenzen ihrer gewöhnlichen Bedeutung hinausgeht, und die Regierung würde sofort den Zwang spüren, diese oder jene allzu repressive Politik oder Handlung zu rechtfertigen."?

16. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Beamte des Auswärtigen Dienstes eine Sprachzulage für solche Fremdsprachen erhalten, die sie beherrschen und in denen sie sich fortbilden, und daß diese Sprachzulage entfällt, wenn der Beamte einen Dienstposten in einem Land des jeweiligen Sprachgebiets übernimmt, mit der Folge, daß ein negatives Interesse der Beamten an der Verwendung in Ländern besteht, deren Sprache sie beherrschen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

17. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Worauf führt die Bundesregierung zurück, daß die durchschnittliche Umweltbelastung in der Bundesrepublik Deutschland durch Schwefeldioxyd (SO_2) um mehr als 70 v. H. in den letzten zehn Jahren zurückgegangen ist?

18. Abgeordneter **Damm** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Lohnzuschläge für Beschäftigte in der graphischen Technik des Deutschen Hydrographischen Instituts nunmehr einseitig stufenweise abgebaut werden, obwohl viele Beschäftigte in der graphischen Technik des Deutschen Hydrographischen Instituts durch Ausschreibungen und Zeitungs-

annoncen zur Einstellung gewonnen worden sind, in denen auf die bisherigen außertariflichen Lohnzuschläge ausdrücklich hingewiesen wurde, und wenn ja, welche Gründe rechtfertigen den Abbau der Lohnzuschläge?

19. Abgeordneter **Damm** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Abbau der außertariflichen Lohnzuschläge unter den Gesichtspunkten des Vertrauensschutzes, der arbeitsrechtlichen Fürsorgepflicht sowie ihrer eigenen Glaubwürdigkeit nochmals zu überprüfen?

20. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Warum werden Fahndungsbücher der Polizei nicht in der Form von Loseblattsammlungen herausgebracht, um eine schnellere Ergänzung bzw. Veränderung zu ermöglichen?

21. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Bedeutet die Auffassung der Bundesregierung, wie sie durch den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium, von Schoeler, in der Fragestunde von Mittwoch, dem 9. November 1977, wiedergegeben worden ist, daß die an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland auftretenden „Basisgruppen" „in der Regel für sich keine verbindlich festgelegten politischen Grundsatz- und Aktionsprogramme beschlossen haben und nicht überregional organisiert sind", daß es sich bei diesen Gruppierungen nicht um Kommunisten handelt?

22. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Bis wann kann nunmehr mit dem Bau der Kläranlage Hügelsheim, die auch für die kanadischen Streitkräfte bzw. deren Familienangehörige bestimmt ist, begonnen werden, nachdem hierüber seit Jahren in vielen Instanzen verhandelt wird?

23. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß im Verwaltungsrat der Filmförderungsanstalt vier eingetragene Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei arbeiten?

24. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, den Bundestag über den Umfang der Nebentätigkeit von Bundesbediensteten zu unterrichten?

25. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, für ihren Bereich eine Verschärfung der Genehmigungs- und Anzeigerichtlinien für die Erlaubnis von Nebentätigkeiten vorzunehmen?

26. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Treffen Meldungen in Auslandszeitungen zu, nach denen in der zwischen dem 5. September und 18. Oktober 1977 während verschiedener Zeitabschnitte die an in Bonn arbeitende Auslandskorrespondenten adressierte Post, insbesondere Briefe, überwacht wurde, und wenn ja, was waren die tatsächlichen und rechtlichen Gründe für diese Maßnahme und wie weit erstreckte sie sich?

27. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Falls die Meldungen in den Auslandszeitungen unzutreffend sind, wie erklärt sich die Bundesregierung, daß in Bonn arbeitende Auslandskorrespondenten, u. a. der Neuen Zürcher Zeitung, des Corriere della Sera, von Politiken, von Cambio, vom Bundeskriminalamt, später vom Bundesgerichtshof, die Mitteilung erhielten, einzelne bestimmte, an sie gerichtete, u. a. in Dortmund und Heidelberg aufgegebene Schreiben, deren Inhalt und Adressaten ihnen bis heute nicht bekannt sind, seien eingezogen worden?

28. Abgeordneter **Dr. Bußmann** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, Modellbauvorhaben zu unterstützen, durch die vorhandene öffentliche Freibäder kostengünstig überdacht und damit ganzjährig benutzbar gemacht werden?

29. Abgeordneter **Dr. Bußmann** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, den Betrieb von Modellbauvorhaben überdachter und ganzjährig benutzbar gemachter öffentlicher Freibäder unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten mehrjährig untersuchen zu lassen und damit Erkenntnisse für kostengünstige Sportförderung zu gewinnen?

30. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wieviel Berichte und sonstige amtliche Schriftstücke mit einem Umfang von mehr als hundert Seiten sind dem 6., dem 7. und dem 8. Deutschen Bundestag von der Bundesregierung in der Form amtlicher Drucksachen vorgelegt worden, und wieviel Seiten umfaßte die umfangreichste dieser Drucksachen?

31. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Sind Informationen zutreffend, daß in Notfällen Piloten von Rettungshubschraubern vor Grenzüberflügen einen Flugplan beantragen müssen, wobei es sich z. B. um Grenzüberflüge handelt, um Schwerverletzte aus dem Dreiländereck in das Kantonspital Basel zu transportieren oder um Hilfe bei schweren Unfällen jenseits der Grenze zu leisten?

32. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, dafür einzutreten, daß beim grenzüberschreitenden Hubschrauberverkehr im Rettungsdienst auf die Flugplanabgabe verzichtet wird, um auf diese Weise so schnell wie möglich Hilfe leisten und Menschenleben retten zu können?

33. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Sind Informationen zutreffend, daß neuere Untersuchungen der Landesanstalt für Wasser und Abfall, Düsseldorf, ergeben haben, daß krebserregende Substanzen, für deren Einleitung nachweislich Chemiebetriebe und Kokereien verantwortlich sind, sich in relativ hohen Konzentrationen in Rhein, Lippe und Emscher finden, bedeuten diese Konzentrationen eine aktuelle Gefahr für Menschen, und welche Maßnahmen sind gegebenenfalls nach Meinung der Bundesregierung erforderlich, um diese Gefahr abzuwehren?

34. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der ständig steigende und völlig ungeregelte Zugang von Asylbewerbern in das Sammellager nach Zirndorf die Errichtung eines weiteren Sammellagers i. S. von § 38 des Ausländergesetzes in einem anderen Bundesland unverzüglich erforderlich macht, und was wird die Bundesregierung tun, um die in Zirndorf entstandenen Schwierigkeiten zu lösen?

35. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, damit Einbürgerungsbewerber jugoslawischer Staatsangehörigkeit, die seit Jahren mit einem Elternteil in der Bundesrepublik Deutschland leben, der bereits deutscher Staatsangehöriger ist, oder ähnliche Fälle ihre Entlassung aus der jugoslawischen Staatsangehörigkeit erhalten, und welches Ergebnis wurde erreicht?

36. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in solchen Fällen bei der Einbürgerung auch die Mehrstaatigkeit hinzunehmen, wenn der Versuch auf Entlassung aus der jugoslawischen Staatsangehörigkeit keinen Erfolg hatte?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

37. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)

Hat die Bundesregierung inzwischen ihre Prüfungen hinsichtlich eines Ausbaus des Rechtsschutzes für Bürger mit geringem Einkommen durch Einführung einer kostenlosen oder verbilligten vor- und außergerichtlichen Rechtsberatung abgeschlossen, und liegen ihr nunmehr ausreichende Ergebnisse über die verschiedenen Modellversuche in den Bundesländern vor, so daß sie in der Lage ist, den bereits für das Frühjahr 1976 angekündigten Gesetzentwurf vorzulegen?

38. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

In welchem Verhältnis stehen nach den Feststellungen der Bundesregierung bei der Geltendmachung von Mieterhöhungen im freifinanzierten Mietwohnungsbau einvernehmliche und streitige Mieterhöhungen zueinander, in welchem Maße ist seit dem Inkrafttreten des 2. Wohnraumkündigungsschutzgesetzes eine Zunahme von Mietrechtsstreitigkeiten insbesonders auf Zustimmung der Mieter zu Mieterhöhungen feststellbar, und kann die Bundesregierung bestätigen, daß das komplizierte Verfahren zur Geltendmachung von Mieterhöhungen und das sich daraus ergebende Prozeßrisiko inzwischen zu einem beachtlichen Kostenfaktor in der Wohnungswirtschaft geworden sind?

39. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung vor mit dem § 247 BGB, in dem das Recht eines Schuldners verankert ist, ein Darlehen mit einem Zinssatz von über 6 v. H. ohne Rücksicht auf die vereinbarte Laufzeit nach sechs Monaten mit sechsmonatiger Kündigungsfrist zu kündigen, und ist sie bereit, die Bürger auf diese Möglichkeiten stärker als bisher hinzuweisen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

40. Abgeordneter **Müller (Bayreuth)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, alle gemeinnützigen Sportvereine von der Körperschaftsteuer bei den aus ihren verschiedenartigen Betätigungen, einschließlich den im wirtschaftlichen Geschäftsbereich erzielten Überschuß, zu befreien, wenn diese unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke des Vereins (Satzungszweck) verwendet werden?

41. Abgeordneter **Müller (Bayreuth)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden an Sportvereine als steuerbegünstigte Ausgaben von bisher 5 v. H. des Gesamtbetrags der Einkünfte auf 10 v. H. zu erhöhen?

42. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)	Wann beabsichtigt die Bundesregierung, den Subventionsbericht vorzulegen, und wird dieser Bericht Empfehlungen und Vorschläge für einen Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen enthalten?
43. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung entsprechend dem Ersuchen des Bundestages lt. Drucksache 8/338 inzwischen geprüft, ob zwischen praxiseigenen zahntechnischen Labors und gewerblichen zahntechnischen Labors Wettbewerbsverzerrungen bestehen, und zu welchen Ergebnissen ist die Bundesregierung dabei eventuell gekommen?
44. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, abweichend von der Antwort auf meine schriftliche Frage vom 7. November 1973, den Beamten der Zollfahndung die Polizeizulage anstelle oder zusätzlich zu den bisher gewährten Zulagen zu gewähren, nachdem der Zollfahndungsdienst inzwischen als Organ der inneren Sicherheit anerkannt worden ist und an verschiedenen Orten gemeinsame Fahndungstrupps von Zollfahndung und Kriminalpolizei bestehen, die die Rauschgiftschmuggelbekämpfung gemeinsam durchführen?
45. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Sieht die Bundesregierung einen realisierbaren Lösungsvorschlag zur Behebung der Benachteiligung ausländischer Aktionäre und Anteilsinhaber auf Grund der ab 1. Januar 1977 rechtswirksam gewordenen Körperschaftsteuerreform darin, die Rückvergütung der Körperschaftsteuer durch einen Ausbau des § 52 des Körperschaftsteuergesetzes zu erreichen, in dem festgelegt wird, daß die betroffenen Ausländer die ihnen durch die Nichtanrechnungsfähigkeit der 36 Prozent Körperschaftsteuer entstandene Mehrbelastung von 11,44 Prozent durch die Finanzverwaltung vergütet erhalten?
46. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Pachtpreise der von der Bundesvermögensverwaltung verpachteten Grundstücke und Gebäude überdurchschnittlich hohe Steigerungsraten aufweisen, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls dieses preispolitische Verhalten unter stabilitätspolitischen Gesichtspunkten?
47. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)	An welchen Kriterien richtet die Bundesvermögensverwaltung ihre Miet- und Pachtpreisfestsetzungen aus, und inwieweit lassen sich Unterschiede zwischen den staatlich administrierten und den privaten Miet- und Pachtpreisen feststellen?
48. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die im Jahr 1972 auf 125 Verrechnungseinheiten festgelegte (für die Bundesrepublik Deutschland ca. 460 DM) Freigrenze für Reisemitbringsel inzwischen längst überholt ist und daß mindestens die Preissteigerungen und Wechselkursänderungen der letzten fünf Jahre berücksichtigt werden müssen, und ist sie nicht auch der Auffassung, daß mehr als 20 Jahre nach Inkrafttreten der römischen Verträge durch eine kräftige Erhöhung der Freibeträge den Bürgern Europas das Gefühl vermittelt werden sollte, in einem gemeinsamen Markt zu leben?

49. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, diese Anpassung der Freibeträge aus Gründen der Preisanstiege und der Wechselkursveränderungen in den letzten fünf Jahren auch gegenüber Nicht-EG-Ländern vorzunehmen?
50. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Teilnahme von Beamten des Bundesfinanzministeriums an der Tagung „Die Steuerfahndung, ihre Problematik und Methodik im Europa von heute" im Zusammenhang mit den Vorwürfen des „Spiegel" (Eine Treuhand wäscht die andere) gegenüber dem Veranstalter dieses Symposiums?
51. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)	Welche staatlichen Vergünstigungen gibt es zur Zeit für solartechnische Heizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen, differenziert nach steuerlichen Vergünstigungen und sonstigen?
52. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)	Welche staatlichen Vergünstigungen gibt es zur Zeit für alle Maßnahmen zur Einsparung von Energie, differenziert nach steuerlichen, gesetzgeberischen und direkten Zuwendungen im Rahmen von Programmen der Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

53. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)	Welche Handlungen beabsichtigt die Bundesregierung künftig der Androhung oder Anwendung von Boykottmaßnahmen gegen deutsche Unternehmen und deutsche Produkte entgegenzusetzen?
54. Abgeordneter **Scheu** (SPD)	Hält die Bundesregierung es für geboten, für vereidigte Sachverständige einen Berufs- mindestens jedoch einen Titelschutz herbeizuführen, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um gegebenenfalls einen derartigen Berufs- oder Titelschutz zu gewährleisten?
55. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)	Welche Erkenntnis hat die Bundesregierung daraus gewonnen, daß sie das Prognos-Institut, Basel, mit dem Gutachten „Welchen Informationsbedarf hat die Bundesregierung beim Tourismus" beauftragt hat?
56. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Gewinnentwicklung der Elektrizitätsunternehmen, und inwieweit hält sie vor diesem Hintergrund die Beantragung zusätzlicher Strompreiserhöhungen aus verbraucherpolitischer Sicht für vertretbar?
57. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)	Wird die Bundesregierung die auf der 28. Delegiertentagung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels getroffenen Feststellungen hinsichtlich des Mißbrauchs der Marktmacht im deutschen Einzelhandel zum Anlaß nehmen, wettbewerbsrechtliche Konsequenzen zu ziehen?

58. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die wachsenden Sorgen hinsichtlich der Zukunft der deutschen Werften, und welche Maßnahmen gedenkt sie im einzelnen über die bisherigen Hilfsmaßnahmen hinaus zu ergreifen, um die Wettbewerbssituation der deutschen Werften zu verbessern und die Beschäftigungslage zu sichern?

59. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Schiffbausubventionen anderer europäischer Regierungen, wie z. B. die bis zu 25 v. H. der Neubaupreise reichenden Subventionen für die auf französischen Werften gebauten Schiffe bzw. die besonders weitreichenden norwegischen Maßnahmen zugunsten von Entwicklungsprojekten, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

60. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung die schwierige Lage bei den Phönix-Werken, Reinsdorf, bekannt, die darin besteht, daß die Reifenproduktion erheblich verringert werden soll, was zur Folge hat, daß 20 v. H. der Belegschaft die Entlassung droht, und welche Wege sieht die Bundesregierung eventuell unter Einsatz der Mittel aus dem Zonenförderungsprogramm, diese Entwicklung und damit die weitere Strukturschwächung im Zonenrandgebiet aufzuhalten?

61. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen ergeben sich für die Bundesregierung aus dem Ergebnis eines durch sie in Auftrag gegebenen Gutachtens über die Entwicklung der Bauwirtschaft, wonach sich bis 1985 das Leistungsprogramm der Bauwirtschaft beträchtlich zugunsten des Ausbaus verschieben, die Zahl der Betriebe im Bauhauptgewerbe um fast 13 500 auf 45 000 zurückgehen und die Beschäftigtenzahl um nahezu 200 000 auf 1 Million abnehmen werden?

62. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Trifft es zu, daß die Südafrikanische Union über die Vermittlung der Atomenergiebehörde durch die Firma Hydraulic Plant, Pretoria, bei der Firma Steigerwald GmbH, Puchheim, Tochter der bundeseigenen IVG, eine Perforieranlage namens WABAG fertigen läßt, die der Plutoniumsanreicherung dient, und kann die Bundesregierung gegebenenfalls hoheitlich oder über die IVG dagegen einschreiten?

63. Abgeordneter **Dr. Haussmann** (FDP)

Wie sieht die Bundesregierung die Exportchancen der kleinen und mittleren Unternehmen, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang Möglichkeiten großer Unternehmen, ihre sehr gute Ertragslage im Ausland für inländische Marktpositionen einzusetzen?

64. Abgeordneter **Dr. Haussmann** (FDP)

Hält die Bundesregierung die bestehenden Förderungsmaßnahmen zur Verbesserung der Exportchancen für kleinere und mittlere Unternehmen, vor allem in bezug auf Beratung, Technologie, Innovation und Kooperation im ausländischen Markt, für ausreichend, und welche Verbesserungen hält sie – gegebenenfalls in Verbindung mit anderen Institutionen – für notwendig?

65. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Durch welches Kriterium ist der bisher geltende Grundsatz für die Gewährung von Bürgschaften für Kapitalinvestitionen im Ausland, daß die inneren Angelegenheiten des ausländischen Staats bei der Entscheidung keine Rolle spielen, ersetzt worden, und wird die Bundesregierung die Investitionen in allen Staaten, deren innere Verhältnisse nicht den Anschauungen eines freiheitlich demokratischen Rechtsstaats entsprechen, von der Bürgschaftsgewährung ausschließen?

66. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Stromerzeugungskosten bei Kern- und Kohlekraftwerken auf Grund der Gutachten, die der Bundeswirtschaftsminister anfertigen ließ, und verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, auf welche Höhe sich im Vergleich dazu die Stromerzeugungskosten nach dem Gutachten belaufen, das der Landwirtschaftsminister Dr. Riemer bei Battelle bestellte?

67. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Welche Gremien kommen in der Bundesrepublik Deutschland für die Feststellung eines gesamtwirtschaftlich notwendigen „Energierestbedarfs" infrage, der etwa in den Beschlüssen eines Parteitags genannt wird, und wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere den Bau von Kohle- und Kernkraftwerken in Abhängigkeit von den Beschlüssen derartiger Gremien?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

68. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß von der Bundesregierung definiert werden kann, welche Regionen als Berggebiet im Sinne des Bergbauernprogramms gelten, und ist die Bundesregierung zutreffendenfalls bereit, die jetzt geltende Grenze von 800 Metern bzw. 600 Metern (plus 18 Prozent Hangneigung) generell auf 600 Meter zurückzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

69. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** (FDP)

Trifft es zu, daß der Bundesarbeitsminister einen Forschungsauftrag vergeben hat, eine Umstellung der bisher vertraglich vereinbarten Gehälter von Chefärzten an Krankenhäusern auf staatlich geregelte Festgehälter zu prüfen?

70. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung neueste Forschungsergebnisse der Universitäts-Augenklinik in Münster sowie des Instituts für Sozialmedizin an der Universität Heidelberg, wonach angeblich längeres Arbeiten bei künstlichem (insbesondere weißem Neon-)Licht u. U. zu verstärkter Streßbelastung mit typisch krebsbegünstigenden Hormonveränderungen führen kann, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

71. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, dieses Phänomen – eventuell in einer praxisorientierten Langzeitstudie – gründlich untersuchen zu lassen und gegebenenfalls auch einschlägige Arbeitsschutznormen einer sorgfältigen Überprüfung zu unterziehen?

72. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Wird die Bundesregierung nach dem Auslaufen des Sonderprogramms des Bundes und der Länder zur verstärkten Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte für 1977/78 ein zweites Sonderprogramm auflegen, und bis wann kann gegebenenfalls mit der Verabschiedung dieses Programms gerechnet werden?

73. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Wird ein solches Programm die gleichen Förderkriterien aufweisen wie das erste Programm oder/und gegebenenfalls welche Modifikationen sind zu erwarten?

74. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei einer einjährigen theoretischen Ausbildung nebst anschließendem einjährigen Praktikum ein Anspruch auf Halbwaisenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung nach § 1267 RVO dann entfällt, wenn auf Grund der allgemeinen Ausbildungssituation eine Praktikantenstelle nicht nachgewiesen werden kann, und daß gleichfalls Arbeitslosenhilfe deshalb ausgeschlossen ist, weil die Ausbildung mit Praktikum als nicht abgeschlossen gilt, und was gedenkt die Bundesregierung vorzuschlagen, um dieses unerwünschte sozialpolitische Ergebnis auszuschließen?

75. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wird die Bundesregierung unter Umständen eine Änderung der Arbeitslosenhilfe-Verordnung in der Weise ins Auge fassen, daß die mit dem Haushaltsstrukturgesetz gestrichene Regelung in § 2 Nr. 2 dieser Verordnung wieder in Kraft tritt, nachdem ein vorgeschriebenes Praktikum entsprechend § 134 Abs. 1 Nr. 4 AFG noch zur Ausbildung gehört und Arbeitslosenhilfe nur dann gewährt wird, wenn die Ausbildung abgeschlossen ist?

76. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Warum vertritt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Frage A 12 vom 23. September 1977 (Drucksache 8/926) die Auffassung, daß vor einer Anwendung des Artikels 6 des Beschlusses des Assoziationsrats über die Durchführung des Artikels 12 des Abkommens von Ankara die Durchsetzung der ersten Stufe abgewartet werden sollte, obwohl Artikel 6 nach seinem Wortlaut unabhängig von der Stufenfestsetzung nach Artikel 1 und Artikel 11 ist?

77. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Einsatz von Zivildienstleistenden durch das Bundesamt für Zivilschutz in Krankenhäusern, und wie sieht der jetzige Einsatz von Zivildienstleistenden in den Krankenhäusern der Altkreise Fallingbostel und Grafschaft Hoya aus?

78. Abgeordneter **Dr. Schmude** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Aufgaben koreanischer Krankenschwestern, deren Anstellungsverträge gegenwärtig auslaufen, durch genügend vorhandene deutsche Arbeitskräfte gleichwertig wahrgenommen werden können, oder liegen

bei deutschen Arbeitssuchenden überwiegend erhebliche Einschränkungen der Einsatzfähigkeit (keine Vollzeitbeschäftigung, kein Nacht-, Sonntags- und Schichtdienst) vor?

79. Abgeordneter **Dr. Schmude** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, den für die deutsche Krankenhausversorgung vor Jahren unentbehrlichen koreanischen Krankenschwestern auch in den Fällen die weitere Berufstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland zu gestatten, in denen eine fünfjährige ununterbrochene Tätigkeit noch nicht vorliegt?

80. Abgeordnete **Frau Karwatzki** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Arbeitserlaubnis für koreanische Krankenschwestern zu verlängern, weil für diesen Personenkreis nach Rückkehr in Korea erhebliche Beschäftigungsprobleme bestehen?

81. Abgeordnete **Frau Karwatzki** (CDU/CSU)

Für wie viele Betroffene und welche anderen Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen bzw. wird sie ergreifen, und ist insbesondere vorgesehen, mit Geldern der deutschen Auslandshilfe notwendige soziale und gesundheitspflegerische Projekte in Korea zu finanzieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

82. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die im Bereich des Truppenübungsplatzes Baumholder entwidmete Landesstraße 172, jetzt im Besitz des Bundes befindliche Privatstraße, zum 2. November 1977 für den gesamten zivilen Anliegerverkehr endgültig gesperrt wurde, ohne daß dafür, wie zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Bund am 2. Dezember 1973 vereinbart, eine Ersatzverbindung für die Beschäftigten des Truppenübungsplatzes und der amerikanischen Garnison geschaffen wurde, und wenn ja, billigt die Bundesregierung dieses einseitige, den Vereinbarungen widersprechende Verhalten der dafür verantwortlichen Dienststellen?

83. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, als Ersatzverbindung den zwar geplanten, aus Haushaltsgründen vom Bundesverkehrsminister zunächst aber zurückgestellten, Bau des Autobahnzubringers zur A 76 zwischen Ruschberg und Baumholder vorzuziehen und gegebenenfalls aus Mitteln des Bundesverteidigungsministers mit zu finanzieren, da durch die nunmehr gegebene neue Verkehrssituation das vorhandene Straßennetz insbesondere innerhalb der Stadt Baumholder den durch die Umleitung zusätzlich anfallenden Verkehr nicht mehr bewältigt?

84. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung den Umstand, daß es nach Auskunft des niedersächsischen Innenministers vom 7. November 1977 in jüngster Zeit eine erhebliche Gefahr für die Bewohner der Ortschaften gibt, die an den Luft-/Bodenschießplatz Nordhorn-Range angrenzen, und zwar auf Grund „einiger Fastzusammenstöße“, das Bundesverteidigungsministerium demgegenüber ebenfalls im November eine Gefährdung der Stadt Nordhorn ausgeschlossen hat?

85. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wieweit sind die Untersuchungen über neue, das Stadtgebiet von Schüttorf meidende Abflugverfahren, und mit welchen Verbesserungen können die Räume Nordhorn und Schüttorf in nächster Zeit im einzelnen rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

86. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Sozialämter bei der Gewährung von Hilfe in besonderen Lebenslagen nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 17. Oktober 1974 – V C 50.73 – Hausgrundstücke für die Frage, ob sie als Schonvermögen im Sinne des § 88 Abs. 2 Nr. 7 BSHG zu behandeln sind, nach ihrem Verkehrswert und nicht nach ihrem nach Abzug der auf dem Grundstück lastenden Schulden verbleibenden wirtschaftlichen Wert beurteilen müssen, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

87. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Präsident des Bundesgesundheitsamts § 62 des Arzneimittelgesetzes nicht im Sinne des erklärten und unzweideutig zum Ausdruck gekommenen Willens des Gesetzgebers ausführt, und wenn ja, was hat die Bundesregierung getan, um den Präsidenten des Bundesgesundheitsamts dazu anzuhalten, die zitierte Bestimmung im Sinne des Gesetzgebers auszuführen, und welchen Erfolg hatte die Bundesregierung dabei?

88. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Wie ist sichergestellt, daß in Zukunft der Präsident des Bundesgesundheitsamts auch mit den von der Pharma- und Heilmittelindustrie geschaffenen Stellen im gleichen Umfang und in den gleichen Formen zusammenarbeitet wie mit den übrigen im Gesetz Genannten?

89. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, durch Novellierung entsprechender Gesetze und Verordnungen sicherzustellen, daß neue chemische Stoffe vor ihrem Einsatz in den Betrieben auf ihre Gefährlichkeit hin untersucht und gegebenenfalls mit einem Sicherheitsattest versehen werden?

90. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das vom Deutschen Bundestag in einer Resolution vom 18. Juni 1974 zum Lebensmittelgesetz geforderte Nichtraucherschutzprogramm bereits Mitte 1977 fertig ausgearbeitet war, seither aber hinausgezögert wird, und wann gedenkt die Bundesregierung, das Nichtraucherschutzprogramm zu verabschieden?

91. Abgeordneter **Eimer (Fürth)** (FDP)

Liegen der Bundesregierung Untersuchungen vor, die Auskunft geben können über die Auswirkungen bei Kindern durch Benutzung von Kriegsspielzeug?

92. Abgeordneter **Eimer (Fürth)** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß durch Werbung und Anzeigenkampagnen für Kriegsspielzeug die Grenzen der eigentlichen Funktion von Werbung überschritten werden, und sieht sie Möglichkeiten, in Ergänzung der staatlichen Ordnungsorgane hier Einfluß zu üben auf Stärkung der Selbstkontrollorgane der Werbewirtschaft?

93. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang und mit welchen Ergebnissen sich die Sport- und Jugendorganisationen an den Bemühungen um die Eingliederung der deutschen Umsiedler aus den ost- und südosteuropäischen Ländern durch spezielle Maßnahmen und Programme beteiligt haben?

94. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** (SPD)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die Bemühungen um die Eingliederungen der deutschen Umsiedler auch im Bereich der Sport- und Jugendorganisationen mehr noch als bisher zu unterstützen, und in welcher Weise könnte dies nach Auffassung der Bundesregierung geschehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

95. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Wann wird mit der Erneuerung der Eisenbahnbrücke über die Donau bei Passau-Hacklstein (Nebenbahnlinie Passau-Freyung) begonnen, und ist sichergestellt, daß der Personen- und Güterverkehr auf jeden Fall bis zur endgültigen Entscheidung über die Stillegungspläne der Deutschen Bundesbahn aufrechterhalten werden kann?

96. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung entgegen ihrer bisherigen Haltung bereit, auf Grund jüngst veröffentlichter Ergebnisse des HUK-Verbands, die eindeutig einen weit überdurchschnittlichen Prozentsatz von Führerscheinersterwerbern als Unfallverursacher ausweisen, eventuell durch zeitlich begrenzte Geschwindigkeitseinschränkungen (100 km/h) oder durch sonstige Maßnahmen dieses Risiko abzubauen und eine entsprechende gesetzgeberische Initiative zu ergreifen?

97. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus der Tatsache zu ziehen, daß der Anteil von Fahrern mit weniger als drei Jahren Fahrpraxis in der Gruppe der Unfallverursacher mit 36,8 v. H. wesentlich höher als bei den Unfallunschuldigen mit 28,5 v. H. liegt?

98. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

In welchem Verhältnis steht die Herstellung und teure Ausstattung des Geschäftsberichts 1976 der Deutschen Bundesbahn zur derzeitigen defizitären Wirtschaftslage der Deutschen Bundesbahn?

99. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob und in welchem Umfang Kfz-Zulassungsstellen in der Vergangenheit zuweilen alte, als gestohlen geltende Kfz-Kennzeichen erneut ausgegeben haben, ohne hierbei vorgeschriebene Warte- bzw. Sperrfristen einzuhalten?

100. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Sieht die Bundesregierung im Bereich der Kfz-Kennzeichenausgabe gegebenenfalls praktische Möglichkeiten für eine bundesweit verbesserte Koordination bzw. Kontrolle, damit in Zukunft fahndungshindernde Kfz-„Kennzeichen-Dubletten" vermieden werden können?

101. Abgeordneter **Helmrich** (CDU/CSU)	Beabsichtigt die Bundesregierung, mit der Eröffnung des Autobahnteilstücks der A 59 von der Siegburger Straße in Bonn-Beuel bis zum Ramersdorfer Kreuz in Beuel Süd im Jahr 1978 die bisherige Auf- und Abfahrt (z. Z. = Ende der Autobahn) an der Siegburger Straße in Bonn-Beuel ersatzlos wegfallen zu lassen, so daß die Verkehrsteilnehmer dann auf den einzigen weiteren, verkehrstechnisch mangelhaften Anschluß Beuel Ost verwiesen werden?
102. Abgeordneter **Helmrich** (CDU/CSU)	Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß für diesen Fall ein Verkehrschaos im Beueler Osten eintreten und ein Teil des heute über die Nordtangente/Friedrich-Ebert-Brücke fließenden Verkehrs in die Wohnstraßen Beuels und über die Kennedybrücke in die Bonner Innenstadt abgedrängt wird?
103. Abgeordneter **Helmrich** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit sicherzustellen, daß bis zur Herstellung eines weiteren Vollanschlusses an die A 59 im Bereich des Stadtbezirks Bonn-Beuel ein provisorischer Anschluß an der Siegburger Straße (Auffahrt in Richtung und Abfahrt aus Richtung Nordtangente) errichtet und mit der Eröffnung des in Frage 101 genannten Teilstücks der A 59 in Betrieb genommen wird, damit die in Frage 102 geschilderten Nachteile vermieden werden?
104. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, aus Gründen des Umweltschutzes u. a. auch die Straßenbaulastträger zu verpflichten, bei ihren Straßenplanungen die vielfach negativen Folgen von Straßenbaumaßnahmen für den Lebensraum von Tieren zu berücksichtigen, um Schäden für die Tierwelt möglichst gering zu halten?
105. Abgeordneter **Müller (Bayreuth)** (SPD)	Ist die Bundesregierung bereit, mit Rücksicht auf die Verkehrsverhältnisse auf Autobahnen und Bundesstraßen einschränkende Maßnahmen gegen den Fernlastverkehr bezüglich der Ausmaße dieser Fahrzeuge in Erwägung zu ziehen?
106. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß das Wasserstraßen-Maschinenamt Rendsburg noch wirtschaftlicher arbeiten könnte, wenn es etwa 50 Kräfte zusätzlich einstellen dürfte, und würde das nicht auch zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
107. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung das vom „Komitee für den Brennerverkehr" vorgelegte Projekt, das den Bau eines 20 Kilometer langen Eisenbahntunnels zwischen Steinach und Sterzing vorsieht, und wird die Bundesregierung dieses Projekt, das eine Anhebung der Leistungsfähigkeit des Eisenbahnverkehrs und eine Entlastung der Straßenverbindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien zum Ziele hat, fördern?
108. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)	Welche Verwendung ist seitens des Bundes für die von der Deutschen Bundesbahn aufgelöste und geräumte Schulungsstätte in Bad Schwalbach – ehemalige Feldmeisterschule 5 – vorgesehen, für deren Erwerb sich der Rheingau-Taunus-Kreis interessiert hat?

109. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)

Ist – falls das in der vorstehenden Frage genannte Objekt beispielsweise für den Bundesgrenzschutz Verwendung finden sollte – mit den örtlichen Behörden Rheingau-Taunus-Kreis Stadt Bad Schwalbach darüber ein Einvernehmen oder die Herstellung des Einvernehmens versucht worden?

110. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Teilt der Bundesverkehrsminister die Auffassung des Stadtrats Ansbach, derzufolge im Rahmen des Ausbaus der B 13 zwischen Ansbach und Hohe Fichte das Silberbachteil mit einer mindestens 150 m langen Brücke zu überqueren ist, und wann ist mit einer Verwirklichung dieses Projekts zu rechnen?

111. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um den zweibahnigen Ausbau der Autobahnen in den marktfernen Gebieten Ostbayerns schneller als bisher voranzutreiben und insbesondere den infolge von Bürgerinitiativen und anderen Erschwernissen verlangsamten Mittelabfluß in verschiedenen Bundesländern verstärkt in die ostbayerischen Gebiete zu lenken und zum Ausbau von zweibahnigen Autobahnen einzusetzen?

112. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist der Bund bereit, die von der Gemeinde Iffezheim für den Bau der Rheinstaustufe Iffezheim in Anspruch genommenen 25 Hektar Gelände, die zum Kiesabbau geeignet gewesen wären, entsprechend der entgangenen Nutzung mit 10 DM bis 15 DM je Quadratmeter zu entschädigen, so daß sich die beim Landgericht Baden-Baden anhängige Klage erübrigen würde?

113. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist der Bund bereit, der Gemeinde Iffezheim für die verbliebenen 10 Hektar Gelände, auf denen nunmehr nach Wegnahme der o. g. 25 Hektar kein Kies mehr abgebaut werden kann, eine angemessene Entschädigung zu zahlen, so daß sich die auch hierwegen beim Landgericht Baden-Baden anhängige Klage ebenfalls erübrigen würde?

114. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, einen weiteren Betriebsversuch vor der bundesweiten Einführung der neuen Notrufsäulentechnik durchzuführen, und zwar mit der geplanten Notrufsäule in Verbindung mit einer Stauwarnblinkanlage, die in Kombination mit der Notrufsäule eingesetzt wird, und wenn nein, mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung in Zukunft auf Bundesautobahnen die Autofahrer vor plötzlich auftretenden Staus warnen?

115. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Hat die Bundesregierung bereits Unterlagen darüber, ob durch die neue linksrheinische Autobahn eine Verkehrsentlastung der B 9 stattgefunden hat?

116. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Bevölkerung und des Rats der Stadt Remagen, daß ein 4-spuriger Ausbau der B 9 zwischen Sinzig und Bonn nicht mehr erforderlich ist?

117. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung den Umstand, daß infolge von Verfahrensverzögerungen bei der Planfeststellung von Bundesfernstraßen in verschiedenen Teilen des Bundesgebiets in den nächsten Jahren vorgesehene Haushaltsmittel nicht verbaut werden können, zum Anlaß nehmen, bisher zum nur einbahnigen Ausbau bestimmte Autobahnstrecken, z. B. die A 96 zwischen der bayerisch–baden-württembergischen Landesgrenze bei Aitrach und dem Wagener Kreuz, nunmehr für den vollen zweibahnigen Ausbau vorzusehen?

118. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die durchschnittlichen Kosten für den Ausbau eines Kilometers einer vierspurigen Fernstraße, wie hoch sind die Kosten für den Ausbau eines Kilometers einer zweispurigen Fernstraße, und um wieviel wird im Verhältnis einer zweispurigen Fahrbahn zu einer vierspurigen Fahrbahn eingespart unter der Berücksichtigung, daß die Brückenwerke sowieso vierspurig ausgelegt werden müssen?

119. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Wann ist damit zu rechnen, daß die Dachabdeckung des Bundesbahnausbesserungswerks in Kassel so erneuert wird, daß die jetzige Energieverschwendung infolge schadhafter Dachabdeckung beseitigt wird?

120. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Wer trägt die Verantwortung für die aufwendige Ausbauplanung und -ausführung der Bundesstraße 251 von der Stadtgrenze Kassel in Richtung Habichtswald, die im Gegensatz zum früheren Zustand Überholvorgänge kaum noch zuläßt und damit verkehrsgefährdender ist als der bisherige Straßenverlauf, obwohl sich – im Sinne eines vernünftigen Verkehrsflusses – bessere Möglichkeiten angeboten hätten?

121. Abgeordneter **Müller (Bayreuth)** (SPD)

Treffen Presseberichte zu, nach denen es im Gegensatz zu bisherigen humanen Gepflogenheiten den Beamten der Deutschen Bundespost aus rein juristischen Erwägungen heraus untersagt worden ist, beim Versand von Tieren, insbesondere von Hunden, im Notfall Tiere aus nicht sofort bei den Postämtern abgeholten Paketen zu befreien und solchen Tieren während des Versands alle nur denkbaren Erleichterungen zu verschaffen, was gerade zu der Weihnachtszeit von aktueller Bedeutung ist?

122. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Welche Vorstellungen hat nunmehr die Bundesregierung hinsichtlich der Zukunft des Fernmeldebezirks Kulmbach unter Berücksichtigung der in meiner Eingabe an Bundesminister Gscheidle vom 17. November d. J. dargelegten Gründe?

123. Abgeordneter **Vogt (Düren)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Presseberichte bestätigen, denenzufolge Giftschlangen, Vogelspinnen und andere gefährliche Tiere ohne jegliche Auflage und ohne jede Kontrolle „per Post" an Privatpersonen geliefert werden können, und plant die Bundesregierung für den Fall, daß derartige Käufe ohne nachgewiesene Sicherheitsmaßnahmen möglich sind, den Erlaß entsprechender Sicherheitsvorschriften mit Auflagen für Käufer und Verkäufer sowie für den Versand der Tiere?

124. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Ist sichergestellt, daß die Deutsche Bundespost dem gesamten Ausbildungsjahrgang 1975 ein Einstellungsangebot unterbreiten wird, und sie somit in der Lage ist, diese Beschäftigten in ihren Dienst zu übernehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

125. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wird durch die Verzögerung der Durchführung von Zuwendungen im Rahmen des Programms für heizenergiesparende Investitionen die Auftragsvergabe in der Industrie in den betroffenen Wirtschaftszweigen gestoppt, weil Auftraggeber warten bis die Bedingungen für die Vergabe der geplanten Zulagen bekannt sind, und welche Folgerungen zieht hieraus die Bundesregierung?

126. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Aus welchen Städten des Kreises Aachen sind Anträge zur Finanzierung von Maßnahmen im Rahmen des mehrjährigen öffentlichen Investitionsprogramms zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge – Programmbereich Verbesserung der Lebensbedingungen in Städten und Gemeinden – bei der Bundesregierung eingegangen, und welche Projekte wurden genehmigt?

127. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Welchen Städten des Kreises Aachen wurden welche Anträge abgelehnt, und wie lautete die Begründung für die Ablehnung in den einzelnen Fällen?

128. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Im Bereich welcher Finanzbauverwaltungen bzw. Landesbauämter und auf Grund welcher Umstände erfolgt der Abfluß von Mitteln zur Finanzierung staatlicher Konjunkturprogramme besonders langsam, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung zur Behebung dieser Situation ergreifen?

129. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wie groß ist die Zahl der Bundesbedienstetenwohnungen und der durch den Bund geförderten Wohnungen für Bundesbedienstete unter Inanspruchnahme der Sondermittel für Schwerbehinderte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

130. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die Meldung im „Fränkischen Tag“, Kronach, vom 5. November 1977, bestätigen, wonach die DDR von der Autobahn-Transitstrecke Hirschberg–Drei Linden Betonplatten aus der Autobahn entfernt, um diese dann zum Ausbau der Mauer in Berlin bzw. für Fahrwege zur Grenze zu verwenden, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zur Sicherstellung des reibungslosen Verkehrs von und nach Berlin zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

131. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen der indirekten, insbesondere der steuerlichen Förderung für kleine und mittlere Unternehmen, werden z. Z. mit welchen Finanzmitteln angewandt?

132. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

An welchen Grundsätzen wird sich die Bundesregierung bei der Vorlage des geplanten Forschungsförderungsprogramms orientieren?

133. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Welche politischen Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der von ihr selbst festgestellten Tatsache (Faktenbericht 1977, Forschung), daß die Zahl der Beschäftigten im Forschungsbereich der Wirtschaft seit 1971 zurückgeht und auch ein inflationsbereinigter Rückgang der Forschungsausgaben zu verzeichnen ist?

134. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen steuerlicher Art gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Eigenfinanzierungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Bereich von Forschung und Entwicklung zu stärken und vor allem das Human-Kapital als Basis für steuerliche Zuwendungen festzulegen?

135. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung durch den Bundesforschungsminister bereits Forschungsaufträge erteilt mit dem Ziel, genormte Rollstühle für Behinderte zu entwickeln, bei denen zum Beispiel auch der Austausch der Räder und die sonstige Beschaffung von Ersatzteilen erleichtert ist, und warum hat — verneinendenfalls — die Bundesregierung hierzu bisher noch keine Initiativen ergriffen?

136. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der GfK in Karlsruhe bei der Umgebungsüberwachung die Radioaktivitätsabgabe des „backgrounds" zwischen durchschnittlich 10 bis 15 mrem, maximal sogar 25 mrem, schwankte und von daher die in der Strahlenschutzverordnung festgesetzte Höchstgrenze der Radioaktivitätsabgabe von Kernkraftwerken von 30 mrem an der ungünstigsten Stelle schwierig zu überwachen ist, und welche Konsequenzen will die Bundesregierung daraus ziehen?

137. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Umstellung der kerntechnischen Hilfszüge gemäß den neuen Anforderungen der Strahlenschutzverordnung zu Sicherheitslücken, insbesondere im Krankenhausbereich, geführt hat, und welche Konsequenzen will die Bundesregierung daraus gegebenenfalls ziehen?

138. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die staatlichen Aufwendungen für die Schnellbrutreaktorentwicklung und die Hochtemperaturreaktorentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und nach den Erkenntnissen der Bundesregierung in Frankreich bis 1976, differenziert nach Jahren, und wie ist die voraussichtliche Entwicklung auf Grund der Finanzlage in den nächsten Jahren?

139. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

In welchem Umfang sind die Beschlüsse von Nizza im Februar 1976 über die deutsch-französische Zusammenarbeit bei der Reaktorentwicklung dahin gehend verwirklicht worden, daß die staatlichen Aufwendungen für die Entwicklung des Hochtemperaturreaktors als auch für den Schnellen Brutreaktor in Frankreich und Deutschland jeweils die gleichen Beträge ausmachen, entsprechend den Angaben von Bundesminister Matthöfer in der Ausschußsitzung vom 19. Oktober 1977?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

140. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Ist die Bundesregierung über die von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichten Zahlen, wonach das Angebot an Ausbildungsplätzen vom 1. Oktober 1976 bis zum 30. September 1977 um 42 300 zugenommen hat, zufrieden, oder sieht die Bundesregierung auf dem Hintergrund dieser Zahlen die Notwendigkeit, in Zukunft von den Unternehmen die gesetzlich mögliche Abgabe zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze zu erheben bzw. andere Maßnahmen zu ergreifen, damit in Zukunft für jeden Ausbildungswilligen ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt werden kann?

141. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Hinblick auf die Unterschiedlichkeit in der Ausbildung und die einheitliche Schaffung einer Beförderungsmöglichkeit der Fachlehrer auf dem Gebiet des Fachs der Bürowirtschaft und Textverarbeitung (Kurzschrift und Maschinenschreiben), das auch im Berufsgrundschuljahr verankert ist, in Verhandlungen mit den Ländern auf eine Vereinheitlichung hinzuwirken?

Bonn, den 18. November 1977